

Laudamotion: 500 Arbeitsplätze standen auf dem Spiel

Nachdem die Arbeiterkammer kürzlich mit einer auf den Namen „Millionärssteuer“ hörenden Unternehmervertreibungsaktion hat aufhorchen lassen, holte zuletzt die Gewerkschaft Vida zu einem möglicherweise vernichtenden Schlag gegen 500 Arbeitsplätze der zur irischen Ryanair gehörenden Luftfahrtlinie Laudamotion aus.

Auch weltfremden Sozialromantikern kann in den letzten Wochen nicht entgangen sein, dass die von vielen Regierungen verfügte Aussetzung der Erwerbs- und Reisefreiheit unter anderem die Luftfahrtbranche in schwere Bedrängnis gebracht hat. Wenn milliardenteure Luftflotten monatelang unbewegt herumstehen, geht das eben rasch ans Eingemachte – insbesondere dann, wenn für den betreffenden Betrieb kein staatliches „Rettungspaket“ geschnürt wird, in dessen Genuss bevorzugt politisch gut vernetzte Großunternehmen in Staatsnähe kommen.

Laudamotion ist kein solcher Fall. Als „Billiglinie“ verschrien, kann das Unternehmen – anders als die AUA - nicht auf behördliche Protektion zählen. Die Basis Wien des Unternehmens stand somit auf dem Spiel. Der Betrieb wollte einen neuen Kollektivvertrag mit niedrigeren Gehältern durchsetzen. Die Gewerkschaft war dagegen. So weit, so wenig aufsehenerregend. Was der Sache Würze gab, war der Umstand, dass ein Teil der Belegschaft sich mit der Gewerkschaftsline nicht einverstanden zeigte, die auf ein Ende des Engagements der Laudamotion in Österreich und auf den Verlust aller hiesigen Arbeitsplätze hinauslief. Am Ende des Tages ging es für die Arbeitnehmer der Fluglinie um die Frage: weniger verdienen oder arbeitslos werden? Ein Problem das – wir leben ja in der Spätphase des hemmungslosen Umverteilungssozialismus – nicht nur die Unternehmensbelegschaft, sondern alle Steuer- und Abgabenzahler im Lande tangiert hätte, wäre es im letzten Moment nicht doch noch zu einer Einigung gekommen.

Ohne auf die Details des eben erfolgten Kompromisses und die Auseinandersetzung darüber einzugehen, zeigt sich an diesem Exempel – wieder einmal - das Problem der Legitimation einer Gewerkschaft, die über das Schicksal von mit ihren Aktionen nicht einverstanden Menschen entscheiden darf – auch über solche, die nicht zu ihren Mitgliedern zählen. Ein klassischer Fall von „*keine eigene Haut im Spiel*“: die Gewerkschafter brauchen die Konsequenzen ihrer Aktivitäten eben nicht selbst zu tragen - das müssen andere tun.

Gesetzlich ist die Sache klar: die Gewerkschaft verfügt über das Kollektivvertragsrecht. Die Annahme einer Arbeit unterhalb des KV-Tarifs ist illegal und zieht schwere Strafen für den Dienstgeber nach sich, die bis zur Betriebsschließung reichen können. Der vorliegende Fall sollte daher als Anstoß dazu dienen, einige grundsätzliche Überlegungen anzustellen.

► Löhne, die zu bezahlen für Betrieb A kein Problem darstellen, können Betrieb B ruinieren oder zur Betriebsverlagerung ins Ausland zwingen, was in einer globalisierten Welt kein Problem darstellt. Warum also auf einem offensichtlich schädlichen Einheitslohn bestehen?

► Für die Arbeitnehmerseite gilt: was für den einen ein ansehnliches Einkommen bedeutet, reicht für einen anderen keinesfalls, was jeden KV sowohl auf betrieblicher, als auch auf überbetrieblicher Ebene fragwürdig erscheinen lässt.

► Wie sinnvoll ist es, in einer immer stärker differenzierten Arbeitswelt an antiquierten Kollektivverträgen festzuhalten, die offensichtlich Ungleiches gleichmachen sollen?

► Wer – außer den Gewerkschaften und ihren Funktionären – profitiert von einer erzwungenen Gleichmacherei?

► Ist es zweckmäßig, eine Organisation, gleich ob staatlich oder privat, zu ermächtigen, auch *gegen die Interessen* der von ihr vertretenen Personen Entscheidungen zu treffen?

► Ist es nicht abwegig, einen privaten Verein dazu zu legitimieren, über die Geschicke von Nichtmitgliedern zu bestimmen und faktisch *Arbeits- und damit Erwerbsverbote* zu verhängen?

Wäre es zu einem Aus für die Laudamotion gekommen, hätte sich das von der Gewerkschaft „gewonnene“ *Negativsummenspiel* selbst den Dümmersten offenbart: nicht nur das Unternehmen und seine Belegschaft wären die Verlierer gewesen, sondern auch die Steuer- und Beitragszahler, die für ein paar hundert weitere Arbeitslose hätten aufkommen müssen. Nicht zu vergessen jene Flugpassagiere, die dank eines wegfallenden Konkurrenten ab sofort für einige Destinationen höhere Flugtarife hätten bezahlen müssen.

Wären die wackeren Klassenkämpfer von der Vida mit ihrem Vabanquespiel erfolgreich gewesen und hätten Laudamotion tatsächlich aus Wien vertrieben, wäre damit einmal mehr bewiesen gewesen, welche schädliche Wirkung Kartelle entfalten. Im vorliegenden Fall ein Arbeitskraftkartell namens Vida.